

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in der Revolution 1918/19

Rosa Luxemburg hatte über Jahrzehnte in ständiger Kritik an der passiven Haltung des SPD-Parteivorstandes herausgearbeitet, dass nur Massenaktionen durch praktische Lernprozesse der Arbeiterklasse geeignet waren, in die Revolution überzugehen, und die Machtübernahme des Proletariats im entwickelten Kapitalismus nur als demokratischer Prozess denkbar war. Ihre Reden und Schriften waren wesentlicher Bestandteil der Herausbildung der Opposition in der SPD gegen den Kriegskurs und geistiges Rüstzeug der Aktiven.

Die Matrosen der kaiserlichen Kriegsmarine waren meist Facharbeiter - die Bedienungsmannschaften der hochtechnisierten Kriegsschiffe brachten ihre politischen Überzeugungen mit an Bord. Genau wie bei den gewerkschaftlichen Betriebsobleuten verschoben sich auch bei den Matrosen mit zunehmender Kriegsdauer die politischen Gewichte, die Meinungsführerschaft, hin zur Opposition, zur USPD und zur Spartakusgruppe – was aber noch lange nicht hieß, dass nun die Mehrheit der SPD-Anhänger ihre Partei verlassen hätte; eine fünfzigjährige Tradition gibt man nicht so schnell auf. Die SPD war DIE Arbeiterpartei, der man zusammen mit den Gewerkschaften den langjährigen Aufstieg der sozialen Lage und der gesellschaftlichen Bedeutung zu verdanken hatte. Die meisten SPD-Mitglieder hofften, dass sie ihre Partei verändern können, auch wenn diese sich an den Krieg angepasst und ihn mitgetragen hatte.

Die Arbeiterklasse nahm vier Anläufe unter dem Belagerungszustand, der Militärdiktatur der Obersten Heeresleitung. Im Juni 1916 streikten 55.000 Berliner Arbeiter für die Befreiung Karl Liebknechts, dem wegen Antikriegspropaganda der Prozess gemacht wurde – auch in Braunschweig und Bremen wurde gestreikt. Im April 1917 kam es in vielen Städte zu Streiks gegen die Kürzung der Lebensmittelrationen, getragen vor allem von Arbeiterinnen, die die Not zur Arbeit in der Rüstungsindustrie gezwungen hatte – allein in Berlin streikten Zwei- bis Dreihunderttausend. Im Januar 1918 dann hatte sich die Lebensmittelversorgung noch einmal verschlechtert und die expansionsgierige Haltung der deutschen Generalität gegenüber den Friedensangeboten der russischen Revolutionsregierung machten die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden zunichte. Eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen traten in vielen deutschen Städten in den Streik, in Berlin, der damals größten Industriestadt Europas, waren es 500.000. Der Streik wurde militärisch unterdrückt. Bei allen vier Streikbewegungen hatten die Vorbereitungen der gewerkschaftlichen Obleute unter ihrem Vorsitzenden Richard Müller, gegen den Willen ihrer Gewerkschaftsführungen und der SPD, eine wesentliche Rolle gespielt, und alle vier - auf den ersten Blick erfolglosen - Streiks hatten schwere Opfer gekostet; langjährige Haftstrafen waren die Regel und Tausende wurden zum Militärdienst eingezogen, was für viele das Todesurteil bedeutete, aber auch revolutionäres Gedankengut unter den Frontsoldaten verbreitete. In der Arbeiterklasse setzte sich die Einsicht durch, dass ein Einlenken der herrschenden Militärs nicht zu erwarten war – nur eine Revolution würde Abhilfe schaffen können. Die betrieblichen Obleute bereiteten sie im Geheimen vor und der Spartakusbund verbreitete revolutionäre Propaganda, ständig behindert durch Verhaftungswellen.

Die deutschen Militärs hatten dem Willen der expansionsgierigen Großbourgeoisie entsprechend einen Zweifrontenkrieg provoziert und schon allein damit übermächtige Gegner auf sich gezogen – obendrein nötigten sie dann noch mit dem U-Boot-Krieg die USA zum Kriegseintritt. Als nach zwei Millionen Toten im September 1918 die Westfront zusammenzubrechen drohte und die selbstverschuldete Niederlage unausweichlich näher rückte, verlangte die Oberste Heeresleitung die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen und sorgte dafür, dass das Regierungssystem schnell umgestrickt wurde: der neue Kanzler war jetzt formal dem Parlament verantwortlich, die SPD trat ins Kabinett ein, Scheidemann wurde Staatssekretär. Mit dem neuen „demokratischen“ Charakter der Reichsregierung sollten die Kriegsgegner getäuscht und die zu erwartenden harten Friedensbedingungen den parlamentarischen Parteien angelastet werden. Die Militärführung stahl

sich aus der Verantwortung und verbreitete die Lüge, die Heimat habe der unbesiegten Truppe von hinten den Dolch in den Rücken gestoßen. Aber trotz neuer „Demokratisierung“ ging der Krieg weiter und es herrschte auch weiterhin der Ausnahmezustand.

Die geheime Oppositionsbewegung unter den Matrosen hatte im Sommer 1917 einen Streik auf Kriegsschiffen organisiert, der den Nord-Ostseekanal blockierte; gemeinsame Anti-Kriegsdemonstrationen mit Arbeitern waren geplant. Nach der Niederschlagung der Bewegung wurden die Berliner Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis standrechtlich erschossen. Noch einmal ein Massenertrinken wie bei der Schlacht im Skagerrak 1916 wollten die Matrosen nicht erleben und erst recht kein Himmelfahrtskommando für die Ehre der Flotte, wie es die Seekriegsleitung dann Ende Oktober 1918 anordnete. Die Matrosen löschten die Feuer unter den Kesseln, revoltierten, verhinderten das Auslaufen und lösten die Revolution in Kiel aus – am 4. November 1918 war Kiel die erste deutsche Stadt in der Hand eines Arbeiter- und Soldatenrats. Wie in einer Kettenreaktion von Dominosteinen brach das morsche kaiserliche System in einer Stadt nach der anderen zusammen, überall übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte die Macht, meist ohne, dass geschossen werden musste. Je nach örtlicher Vorgeschichte überwog die SPD oder die USPD in den Räten. Die Militärführung konzentrierte ihre Abwehrmaßnahmen auf Berlin; in der Hauptstadt würde die Sache entschieden werden. Die Revolutionären Obleute zögerten das Losschlagen hinaus, denn sie wollten konzentriert vorgehen und erst sicher sein, dass das Militär überlaufen würde – Karl Liebknecht dagegen verlangte sofortige sich steigernde Massenaktionen, und die Obleute warfen ihm „revolutionäre Gymnastik“ vor. Am 9. November marschierten riesige Kolonnen von Arbeitern und Arbeiterinnen gemäß der Planung der Obleute in die Innenstadt, brachten an den Kasernen die Soldaten zur Verbrüderung und besetzten die Regierungsgebäude. Der „Oberkommandierende in den Marken“ zog seinen Schießbefehl zurück.

Um die Revolution einzudämmen, erklärte der Reichskanzler mittags eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und gab die Kanzlerschaft an Friedrich Ebert weiter – eine Kanzlerstaffel sah die Verfassung zwar nicht vor, aber Ebert fühlte sich nun als kaiserlicher Reichskanzler. Das währte allerdings nur wenige Stunden, denn Scheidemann rief um 14 Uhr vor dem Reichstag die Republik aus und entzog damit der eingebildeten Kanzlerschaft die Grundlage. Hatte die SPD noch am Vorabend ihre Betriebskader angewiesen, den Generalstreik zu verhindern, so sprang sie nun auf den fahrenden Zug und behauptete in großaufgemachten Publikationen, sie und die USPD würden die Bewegung gemeinsam anleiten. Die SPD-Granden mussten versuchen, sich an die Spitze zu setzen, denn eine ungebremste revolutionäre Dynamik würde sie wegschwemmen, allein schon wegen ihrer Mitschuld am Krieg – und sie hatten dafür gute Erfolgchancen: über ihre betrieblichen Vertrauensleute wussten sie, dass sie noch immer eine Mehrheit unter den Arbeitern hatten, wenn das auch eher die passiven waren. Und die kürzlichen Nachwahlen zum Reichstag hatte die SPD gegen die USPD gewonnen. Am Abend verhandelten die SPD-Führer mit der USPD über die Bildung einer gemeinsamen Regierung und am selben Abend empfing Ebert in der Reichskanzlei den ersten Anruf von General Groener, dem neuen starken Mann der gerade überflüssig werdenden Obersten Heeresleitung, der ihm Zusammenarbeit anbot. In der Nacht wurde dann die neue selbsternannte Regierung der „Volksbeauftragten“ aus je drei Vertretern von SPD und USPD gebildet – als widersprüchliche Grundlage hatte sie den letzten kaiserlichen Staffel-Reichskanzler Ebert, den republikausrufenden kaiserlichen Staatssekretär Scheidemann und die Revolutionsführer der USPD. Am Nachmittag des nächsten Tages würde sie ihre Feuerprobe bestehen müssen.

An diesem 10. November aber geschah etwas, das die Revolutionäre vollständig überraschte. In den Betrieben wurden auch SPDler, die am Revolutionsmorgen noch Prügel bezogen hatten, weil sie sich dem Generalstreik entgegenstellen wollten, als Delegierte für den Großberliner Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, der am Nachmittag im Zirkus Busch zusammentreten sollte. Die Arbeiter

jubelten über ihren leichten Sieg über den verhassten Militarismus und das Kaisertum – die Revolution hatte in Berlin nur 15 Tote gekostet – und über das bevorstehende Ende des Krieges. Für die Spaltung der beiden Arbeiterparteien sahen sie nun keinen Grund mehr – Einheit und Geschlossenheit würden sich nun wiederherstellen, die die Erfolgsrezepte für den 50jährigen Aufstieg der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbewegung gewesen waren. Vor den 3.000 Delegierten der Betriebe im Zirkus Busch hielt Ebert eine ungelenke Rede und erntete Beifallsstürme, als er von der Einigung mit der USPD auf eine gemeinsame Regierung berichtete. Karl Liebknecht, der erfolgsgewohnte Redner und antimilitaristische Held der Arbeiter, der für seine Überzeugung und Kriegsgegnerschaft ins Zuchthaus gegangen war, wurde begeistert begrüßt, aber von Rufen nach „Einheit, Einheit“ unterbrochen und seine Rede ging im Tumult unter, weil er sich gegen die Zusammenarbeit mit der SPD aussprach und auf ihre Mitschuld am Krieg verwies. Die Versammlung bestätigte den „Rat der Volksbeauftragten“ und versagte den Revolutionären Obleuten, den „Machern“ der Revolution, sogar ein eigenes Kontrollorgan – auch das wurde paritätisch besetzt. Die Delegierten erklärten Deutschland aber zur sozialistischen Republik auf der Grundlage der Arbeiter- und Soldatenräte und verlangten die rasche Sozialisierung der Produktionsmittel.

Die SPD und die Gewerkschaften – die bereits am 15. November mit den Unternehmern ein Abkommen schlossen – dachten gar nicht daran, ihre über Jahrzehnte gewachsenen Mit- und Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern, den Institutionen des Staates, den Sozialversicherungen, den Reichs-, Landes- und Kommunalparlamenten durch revolutionäre Veränderungen infrage stellen zu lassen. Die SPD-Volksbeauftragten hatten die Beamtenschaft auf ihrer Seite; sie bremsten die Umsetzung der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats, wo sie nur konnten, und überspielten ihre USPD-Kollegen. Da die Berliner Truppen zur Revolution übergelaufen waren, festigte Ebert seine Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung. Der Rat der Volksbeauftragten verfügte das Weitergelten der Kommandogewalt der Offiziere entgegen dem Interesse der Soldatenräte und stützte die alten Strukturen in Justiz und Verwaltung. Um die Forderungen nach Sozialisierung der Produktionsmittel zu dämpfen, wurde eine zahnlose Expertenkommission eingesetzt. Und entgegen seinem Auftrag, über eine Nationalversammlung erst nach der Konsolidierung der Revolutionsergebnisse zu entscheiden, setzte der Rat der Volksbeauftragten Wahlen zur Nationalversammlung an. Die USPD-Volksbeauftragten konnten sich meist nicht durchsetzen oder ließen sich über den Tisch ziehen. Überall im Reich entwickelten sich Konflikte zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten und den alten kaiserlichen Verwaltungen; die zurückflutenden Fronttruppen setzten die Räte einfach ab. Dabei zeigte sich, dass die Räteherrschaft lediglich Ergebnis des Vakuums beim Zusammenbruch des alten Systems gewesen war und noch nicht Ausdruck einer zur Macht gekommenen Arbeiterklasse – die soziale Revolution stand erst am Anfang. Eine Nationalversammlung würde bedeuten, dass die revolutionsfeindlichen Klassen der Bevölkerung das Geschick mitbestimmen würden – die Arbeiterklasse, die die Revolution gemacht hatte, würde die ihr eben zugefallene, fragile Macht wieder abgeben müssen, statt die Räteherrschaft ausbauen zu können. So wurde die Frage „Räterepublik oder Nationalversammlung“ zum obersten Streitgegenstand der Gesellschaft, begleitet vom Konzert der Hetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse gegen Bolschewistendiktatur und putschende Spartakisten, die das Volk am Wählen würden hindern wollen. Aber auch für die Mehrheit der Arbeiterklasse war die Aussicht auf ein freigewähltes Parlament, ohne kaiserliche Allmacht und Wahlrechtsbeschränkungen erstes Ziel – und die Sozialdemokratie versprach ja, den Sozialismus über Wahlen und Parlamentsentscheidungen einzuführen. Die gleiche Strategie verfolgten die Anhänger des rechten Flügels der USPD. Die Linke dagegen forderte den Rückzug der USPD aus der Zusammenarbeit mit den SPD-Führern, die mit schuld am Krieg waren und nun offensichtlich die Revolution verrieten. Ständig wurde für die unterschiedlichen Positionen demonstriert und protestiert.

Am 6. Dezember gab die vom Sozialdemokraten Otto Wels geführte Berliner Stadtkommandantur den Befehl, eine Spartakus-Demonstration zu stoppen; die Offiziere des Garde-Füsilier-Regiments nutzten die Gelegenheit, in die Menge schießen zu lassen, sie töteten 16 Demonstranten. So hatte der Gegensatz zwischen Revolutionären und SPD, zwischen den Anhängern von Räteherrschaft und Nationalversammlung die ersten Todesopfer gefordert. Empörung und Abscheu über diese „Revolutionsregierung“ wuchsen ins Unermessliche und die Linken forderten den Austritt der USPD-Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten - „nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann“ wurde allgemeine Parole der Gegner der Nationalversammlung. Am 10. Dezember scheiterte ein Putschversuch der Militärs - über den Ebert im Bilde war, wie sich später herausstellte -, weil der geplante Einmarsch der Fronttruppen mit schwerem Kriegsgerät durch die Soldatenräte entschärft worden war, und weil die Soldaten nach Ankunft in der Menge verschwanden und für die Besetzung der Staatsinstitutionen nicht einsetzbar waren.

Als am 16. Dezember der Reichsrätekongress zusammentrat, war bereits vorher klar, dass die SPD eine überwältigende Mehrheit haben würde – nur in wenigen Provinzstädten standen die Räte mehrheitlich zur USPD und selbst in Berlin waren mehr SPD-Anhänger als USPDler zu Delegierten gewählt worden. Die linke USPD und der Spartakusbund versuchten, den Verlauf des Kongresses von außen zu beeinflussen: 200.000 Demonstranten versammelten sich vor dem Preußischen Landtag und forderten die Räte Demokratie als Staatsgrundlage und den Sturz der Regierung. Drinnen sah es anders aus. Liebknecht und Luxemburg wurden Gast- und Rederecht verwehrt. Die Delegierten beschlossen mit großer Mehrheit Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und entmachteten sich als Räteparlament damit selbst. Gegen den Willen der SPD-Führung allerdings blieben sie bei zwei Fragen mit großer Mehrheit unerbittlich: die alten Militärstrukturen sollten sofort aufgelöst werden, und mit der Sozialisierung der Produktionsmittel sollte sofort begonnen werden, zunächst bei den Bergwerken und der Schwerindustrie. Diese Aufträge ergingen an den Rat der Volksbeauftragten, den der Kongress als geschäftsführende Regierung für den verbleibenden Monat bis zur Nationalversammlung bestätigte. Das entsprach dem allgemeinen Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse: sie forderte die Entmachtung der Militärführung und die Sozialisierung von der Regierung, aber sie machte es nicht selbst. Die Revolution stand noch am Anfang. Es wurde ein Zentralrat installiert, der die Regierungstätigkeit überwachen sollte. Damit die Regierung nicht wie bisher entgegen den Beschlüssen der Räte machen konnte was sie wollte, forderte die Fraktion der linken USPD und des Spartakusbundes ein Vetorecht für den Zentralrat bei allen Gesetzesvorhaben. Als das abgelehnt wurde, beteiligte sich die Linke nicht an den Wahlen zum Zentralrat und gab damit eine wichtige Einflussposition auf. Hier bestätigte sich die Grundhaltung der linken Minderheit, wie sie auch in den Forderungen nach Rückzug der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten zum Ausdruck gekommen war: empörter Rückzug statt taktischer Einflussnahme aus der Minderheitsposition heraus. Dahinter stand die Hoffnung, dass sich die Arbeitermassen ihrer Empörung anschließen würden. Das taten sie aber nicht. So wurde die Möglichkeit, nun die Umsetzung der Beschlüsse zur Entmachtung der Generäle und zur Sozialisierung von der Regierung und vom Zentralrat einzufordern, dafür Massen in Bewegung zu setzen und die Position der USPDler im Rat der Volksbeauftragten zu stärken, nicht genutzt.

Das revolutionäre Proletariat wollte offensichtlich eine Kurve über die Nationalversammlung einlegen, da half alle Aufklärung nichts – der Reichsrätekongress hatte entschieden. Hoffnungen, dass er sich in dem verbleibenden Monat bis zu den Wahlen korrigieren würde, gab es nicht – es war gar keine weitere Sitzung vorgesehen. Damit war die kommende Nationalversammlung Tatsache, und die Forderungen zu ihrer Verhinderung wurden ab da unrealistisch, genauso wie die Parole zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann: in etwas mehr als einem Monat würde eine neue Regierung gewählt werden. Die Enttäuschung über den Verlust der nahe geglaubten revolutionären Perspektive

trug die Linke zunächst aus der Kurve: Rosa Luxemburg beschimpfte die sozialdemokratischen Delegierten als „Eberts Mamelukken“, die durch die Selbstentmachtung des Rätekongresses ihr eigenes Mandat entwertet hätten, und erklärte den Kongress damit für ungültig. Man verstellte sich die Erkenntnis der neuen Situation und der Handlungsmöglichkeiten, die sie bot, und hielt an der unrealistischen Forderung nach Sturz der Regierung fest.

Die Oberste Heeresleitung wollte die Volksmarinedivision ausschalten, die einzige Truppe, die ihr ernsthaft gefährlich werden konnte. Stadtkommandant Otto Wels provozierte einen Konflikt um zurückgehaltene Löhnung, und auf General Groeners Drängen hin gab Ebert den Befehl zum militärischen Losschlagen, angeblich um den gefangengehaltenen Wels zu befreien. Am Morgen des 24. Dezember wurden Schloss und Marstall, die Quartiere der Matrosen, stundenlang mit Artillerie beschossen. Bevor die Gebäude allerdings richtig sturmreif waren, hatten sich Hunderttausend Berliner eingefunden: bewaffnete Arbeiter, die vom linken Polizeipräsidenten kommandierte polizeiliche Sicherheitswehr, Soldatenräte und einfache Bevölkerung, die die Absperrungen durchbrachen, die Soldaten von den Geschützen wegdrängten, Gefangene befreiten und die Kommandierenden zum Abbruch der Angriffe zwangen. Der Graben zwischen der sozialdemokratisch dominierten Regierung und ihren Anhängern einerseits und den Revolutionären andererseits war angesichts der Toten unüberbrückbar geworden. Ebert konnte sich jetzt nur noch auf die Generäle stützen.

Am nächsten Tag ergoss sich eine riesige Protestdemonstration aus dem Tiergarten zum Schloss, wo man sich mit den Soldaten verbrüdete. Karl Liebknecht redete zu den Massen und forderte die Entwaffnung der Offiziere und die Bildung einer Arbeitermiliz; politische Losung müsse sein der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann, alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten. Mit diesen Forderungen, von denen nicht gesagt wurde, wie sie umzusetzen seien, und mit den unrealistisch gewordenen Parolen zum Sturz der Regierung und zur Räteherrschaft wurden die Demonstranten stehengelassen. In der Ratlosigkeit zog ein starker Trupp der Demonstranten zum „Vorwärts“, der ein gegenrevolutionäres Organ geworden war und besetzen ihn. Näher als zum "Vorwärts" wäre der Weg zum Kriegsministerium in der Leipziger Straße gewesen. Aus dem Kriegsministerium war der Befehl zum Granatenbeschuss gekommen. Die Truppen waren durch ihre Niederlage geschwächt und hatten sich teilweise aufgelöst. Der Reichsrätekongress hatte mit großer Mehrheit vor einer Woche die sofortige Entmachtung der Offiziere beschlossen und die Regierung hatte immer noch nichts getan, im Gegenteil. Aber es war keine Führung da, die die Massen auf die Besetzung des Kriegsministeriums orientierte, und die Massen erwarteten das Handeln eben von oben.

Rosa Luxemburg ruderte nun zu ihrer alten Position zurück und erklärte, dass die Machergreifung des Proletariats erst am Ende langer ökonomischer Kämpfe möglich wäre, in denen die Mehrheit der Arbeiter die Überzeugung von der Notwendigkeit des Sozialismus und die nötige Stärke erlangen würde; die Räteherrschaft stünde am Ende und nicht am Anfang der Bewegung. Dergestalt fasste sie das Programm des Spartakusbundes, das auf dem Gründungskongress der KPD zur Jahreswende die Geburtsurkunde des deutschen Kommunismus wurde. Damit war aber eine neue Aufgabe gestellt: man würde die Mehrheit der Arbeiterklasse, die noch an den reformistischen Weg zum Sozialismus glaubte (den Rosa Luxemburg bereits 1899 als ungangbar widerlegt hatte) in gemeinsamen praktischen Kämpfen gegen das Kapital von der Notwendigkeit der Revolution überzeugen müssen. Die Parteigründung zur KPD erschien vielen Führungskadern als verfrüht – auch Rosa Luxemburg wollte sich lieber die Möglichkeit erhalten, innerhalb der USPD auf deren Massenanhänger einzuwirken. Erst als die USPD-Führung einen Parteitag vor den Wahlen ablehnte und gemeinsame Kandidatenaufstellung innerhalb der USPD gescheitert war, schwenkte sie um. Den Schwenk, sich nun als Partei an den Wahlen zur Nationalversammlung, die man eben noch abgelehnt hatte, zu beteiligen, machte der frisch radikalisierte Anhang aber auf dem Gründungsparteitag der KPD nicht

mit. Die Mehrheit bildete sich ein, das Zusammentreten der Nationalversammlung noch verhindern zu können. Die Spartakusführung wurde überstimmt und die Wahlbeteiligung verweigert, und auch in der Gewerkschaftsfrage konnte die Leitung nur durch Verweis an die Ausschüsse verhindern, dass die Mitarbeit in den Gewerkschaften abgelehnt wurde. Die Revolutionären Obleute blieben angesichts dieses Verlaufs des Parteitages, der Aktionismus und Gewerkschaftsfeindlichkeit ausdrückte, außerhalb der neuen Partei. Die revolutionäre Selbstdarstellung, die empörte Abgrenzung, die Selbstisolierung hatten den Sieg davongetragen über taktisches Vorgehen. Dieser Geburtsfehler der KPD sollte die Partei immer wieder schwächen und am Ende in die Niederlage führen.

Ebenfalls um die Jahreswende waren die USPD-Volksbeauftragten aus der Regierung ausgeschieden, weil sie das militärische Vorgehen Eberts in den Weihnachtskämpfen gegen die Volksmarinedivision nicht mittragen wollten und weil sie von „unten“ keine Unterstützung bekamen in ihren ständigen Auseinandersetzungen mit ihren SPD-Kollegen. So überließ man die Regierungsgewalt der SPD allein. Als daraufhin am 4. Januar der USPD-Polizeipräsident Emil Eichhorn abgesetzt werden sollte, zeigte die Arbeiterklasse jedoch, dass ihr die Aufgabe aller Machtpositionen gar nicht recht war. Es drohte der kaiserliche Polizeisäbel zurückzukommen. Zur Protestdemonstration am 5. Januar strömten Hunderttausende in Marschkolonnen wie am 9. November in die Innenstadt, sehr zur Überraschung der Veranstalter. Vor dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz hörten sich die vorderen Reihen der Massen Reden von Liebknecht, Eichhorn und anderen an, dann standen sie herum. Den Sturz der Regierung zu versuchen, war unsinnig – sollten die USPD-Vertreter, die eben zurückgetreten waren, für vierzehn Tage wieder in die Regierung hineinbefördert werden? Das Kriegsministerium blieb wieder unbehelligt, stattdessen zogen wieder Tausende ins Zeitungsviertel, besetzten die Verlagsgebäude, auch wieder den „Vorwärts“. Die KPD-Zentrale war übereingekommen, keinesfalls die Machtübernahme anzustreben und die Ziele zu begrenzen auf Entwaffnung der Konterrevolution und Bewaffnung des Proletariats. Allein, Liebknecht und Wilhelm Pieck hielten sich nicht daran. Mitgerissen von der überschwänglichen Stimmung und gegen die warnenden Stimmen Richard Müllers und anderer Obleute, bildeten sie auf der abendlichen Versammlung der Veranstalter mit der Mehrheit der Obleute und linken USPD-Leuten einen Revolutionsausschuss, erklärten den Rat der Volksbeauftragten für abgesetzt und sich selbst zur Regierung. Am nächsten Tag ergoss sich eine ebenso große Demonstration in die Innenstadt, viele Arbeiter waren bewaffnet. Überall wurden Reden gehalten und der Sturz der Regierung verlangt, aber die Massen blieben stehen wo sie standen, weil die Forderung perspektivlos und nicht in praktisches Handeln umsetzbar war. Zudem hatte die SPD auch Zehntausende ihrer Anhänger zum Schutz der Reichskanzlei mobilisiert. Informationen, dass die Truppen sich dem Revolutionsausschuss anschließen würden, erwiesen sich als falsch, er wurde sogar von der Volksmarinedivision aus dem Marstall wieder ausquartiert. Der Revolutionsausschuss wusste nicht, was er machen sollte, und die KPD unternahm nichts, ihre Parole von der Entwaffnung der gegenrevolutionären Truppen in die Tat umzusetzen. Als eine Abordnung des Revolutionsausschusses mit 300 Mann das Kriegsministerium übernehmen wollte, ließ sie sich am Tor abweisen, weil sie keine Unterschriften unter ihrer Anweisung hatte. Derweil standen Tausende bewaffnete Arbeiter dicht gedrängt auf den zentralen Alleen der Innenstadt herum. Am Nachmittag hatten sich die Reihen ausgedünnt und als es Abend wurde, hatten sich die Massen verlaufen. In der Nacht war die Innenstadt leer. „An diesem 6. Januar 1919 war, obwohl es noch niemand wußte, die deutsche Revolution gestorben“, schrieb Sebastian Haffner. In den nächsten Tagen gingen die Demonstrationen zurück. Als sich ausreichend gesäuberte rechtsradikale Truppenteile der Regierung zur Verfügung gestellt hatten, brach diese die Verhandlungen um die Rückgabe der besetzten Zeitungsbetriebe ab und kündigte die Stunde der Abrechnung mit den Putschisten an, was zu heller Empörung im Revolutionsausschuss führte. Liebknecht und Pieck widersetzten sich der Anweisung ihrer Parteizentrale, sich aus dem Revolutionsausschuss

zurückzuziehen, und es war Karl Liebknecht, der einen äußerst scharfen Ruf zu den Waffen zum Sturz der Regierung formulierte. Um dem Revolutionsausschuss nicht in den Rücken zu fallen, druckte auch die „Rote Fahne“ ihn ab. Die Arbeiter griffen aber nicht zu den Waffen, sondern hielten Versammlungen ab, auf denen sie zum Ende des Bruderkampfes aufriefen. Das kümmerte die Regierung wenig, und mit den Truppen der Militärführung und den neugebildeten Freikorps schoss sie unter Einsatz von Minenwerfern das Vorwärtsgebäude und das Polizeipräsidium sturmreif. Viele gefangene Revolutionäre wurden bestialisch ermordet. Noske war zum Oberbefehlshaber ernannt worden.

Hinter den Kulissen machte Rosa Luxemburg Liebknecht schwere Vorwürfe wegen dessen Putschismus. In der jungen Partei waren beide Tendenzen enthalten: das geduldige, langfristige Vorgehen zur Überzeugung der Massen und der auf schnelles Mitreißen der Massen berechnete Aktionismus – sie waren in den beiden unterschiedlichen Parteiführern verkörpert. Mordaufrufe gegen die Spartakusleiter, auch von Seiten der SPD, kursierten schon lange – schon seit Wochen wechselten sie jede Nacht die Quartiere. Am 15. Januar gingen sie ins Netz. Der Kommandeur der Garde-Kavallerie-Schützendivision, Hauptmann Waldemar Pabst, bat Noske telefonisch um den Befehl zur Ermordung seiner Gefangenen – der aber konnte sich nur zu der Empfehlung durchringen, Pabst möge tun, was er für richtig halte. Dem reichte das als Freibrief, und so ließ er im Schutz der Dunkelheit das Leben der großen Führer der Arbeiterklasse durch 24jährige Offiziersnullen beenden.

Der letzte unklare und ungeeignete Versuch zum Sturz der SPD-Volksbeauftragten und zur Verhinderung der Nationalversammlung war nun abgeschlagen, und die Revolution war geköpft. In der Folge konnte die Militärführung eine lokale Räteherrschaft nach der anderen blutig abräumen und dabei die von ihr abhängige SPD-Regierung als politische Deckung benutzen. Die SPD-Granden ihrerseits mussten die Freikorps benutzen, um alle Revolutionskeime blutig zu ersticken, denn nun war klar: sollte sich dennoch die Revolution entfalten können, würden sie vor dem Tribunal enden. Als im Februar, März und April gewaltige ökonomische Streiks im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Berlin aufflammten, wurden sie durch Zugeständnisse gespalten – so nahm man vage Bestimmungen über Betriebsräte und die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln in die Verfassung auf – und zum Anlass genommen, mit den Revolutionären aufzuräumen. In Berlin wurden über 1.200 Menschen beim Durchkämmen der Häuser in den Arbeitervierteln willkürlich von Noskes Freikorps erschossen. Von den Ruhrbergleuten, die ihre Gruben eigenmächtig sozialisiert hatten - wie der Beschluss des Reichsrätekongress es vorgesehen hatte - fielen Hunderte dem Terror der Freikorps zum Opfer, in München wurden Tausend Menschen beim Niederschlagen der Räterepublik massakriert. Und das sind nur die großen Fälle. So züchtete die Sozialdemokratie die faschistischen Terrorverbände an, denen sie später selbst zum Opfer fallen sollte.

Der erste Versuch der Militärs, sich ihrer sozialdemokratischen Staffage, der Demokratie überhaupt und der Republik zu entledigen scheiterte mit dem Kapp-Putsch im März 1920 am einmütig befolgten gewaltigen Generalstreik der Arbeiterklasse, die zeigte, wozu sie fähig war, wenn sie einig vorging.

Als die Bergarbeiter im Ruhrgebiet, die die putschenden Militärs vertrieben hatten, ihre Machtpositionen nun zur Einführung des Sozialismus nutzen wollten, schickte die sozialdemokratisch geführte Regierung die Freikorps, vor denen sie soeben gerettet worden war. Zur Verteidigung bildeten die Arbeiter eine „Rote Ruhrarmee“, die das Ruhrgebiet zunächst militärisch befreite, dann aber durch Zugeständnisse gespalten und niedergeschlagen wurde. Hunderte Gefangene wurden von den Freikorps erschossen und zum Teil bestialisch massakriert.

Die Bourgeoisie konnte sich finanzierend im Hintergrund halten, die Stabilisierung ihrer Produktionsverhältnisse besorgten andere für sie. Dies alles war nur möglich, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse die Revolution (noch) nicht wollte – die Basis der Politik der SPD bildete ihr reformistischer Anhang und die passive Mehrheit. Dem linken Flügel der Arbeiterbewegung aber war

klar, dass ein wiedererstarkter Kapitalismus den Revanchekrieg zur Ausdehnung seiner beschnittenen Einflusszonen und Profitmöglichkeiten führen würde, die einschlägigen Kreise aus Militär und Unternehmerlager sagten es ja auch laut genug – die revolutionäre Ungeduld erklärte sich zum Teil aus dieser Bedrohung. Der Arbeiterschaft bot der Kapitalismus jedoch noch eine, wenn auch sehr bescheidene Lebensperspektive. Anders als in Russland war sie nicht gezwungen, ihn zu stürzen. Als der Kapitalismus dazu nicht mehr in der Lage war, in der Weltwirtschaftskrise ab 1929, war der revolutionäre Ausweg verstellt.

Der revolutionäre Teil der Arbeiterbewegung, der linke Flügel der USPD und die KPD, vereinigte sich Ende 1920 unter der Ägide der Komintern zur Vereinigten Kommunistischen Partei. Erst jetzt wurde das geeignete Vorgehen zur Gewinnung der Massen unter den Bedingungen der gespaltenen Arbeiterbewegung gefunden. Die beiden Vorsitzenden der VKPD, Paul Levi und Ernst Däumig, entwickelten die Einheitsfrontpolitik. Den Führungen der SPD und der Gewerkschaften wurden gemeinsame Aktionen vorgeschlagen, so brachte man sie unter Druck ihrer Mitgliedschaften; lehnten sie ab, brachte ihnen das Kritik ihrer Basis ein, stimmten sie zu, so kam es zu gemeinsamen Aktionen, die womöglich über die reformistischen Beschränkungen hinausführten. Diese Politik verlangte von den Kommunisten hohe taktische Selbstdisziplin, musste man doch verhandeln mit Leuten, die für tausende Morde der Noskeschen Konterrevolution und die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts Mitverantwortung trugen. Die Einheitsfrontpolitik brachte der kommunistischen Partei große Erfolge, der Einfluss in den Gewerkschaften und ihr Ansehen wuchsen rapide. Diese Erfolge wurden jedoch immer wieder zunichte gemacht durch Rückfälle in linksradikalen Aktionismus und empörte Selbstisolierung - und durch Moskauer Eingriffe im Interesse russischer Parteintrigen. Die putschistische Märzaktion 1921, der von Moskau verordnete Aufstandsversuch 1923 (der den Verhältnissen in Deutschland nicht entsprach und im letzten Moment von der Parteiführung abgeblasen wurde) die Linksschwenks 1924 und 1928 zu „Sozialfaschismuspolitik“ und Gewerkschaftsfeindlichkeit, die Moskauhörigkeit haben die Einflussmöglichkeiten der KPD letztlich zerstört. Nur die Zeit von 1922 bis 23 und 1925 bis 28 waren Jahre kommunistischer Einheitsfrontpolitik. Erfolgreichstes Beispiel war die Kampagne zur Fürstenenteignung 1925; geschicktes Vorgehen der Kommunisten zwang die SPD zur Beteiligung und das Ergebnis war wegen der reaktionären Gesellschaftsmehrheit zwar kein Sieg, aber doch ein großer Erfolg der Arbeiterklasse. Die „Bolschewisierung“ entzog der KPD dann jegliche Handlungsfreiheit und vernichtete ihre demokratische Tradition.

Solange in den „Goldenen Zwanziger Jahren“ Wirtschaftskonjunktur herrschte, existierten die beiden gegnerischen Arbeiterparteien im ständigen Bruderkampf nebeneinander her, ohne dass das schwerwiegende gesellschaftliche Konsequenzen hatte. Mit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise änderte sich das radikal.

Die Führung der Sozialdemokratie verharrte in Passivität und Legalismus bei den gestückelten Staatstreichen der mit Notverordnungen regierenden Präsidialkabinette und beim Staatstreich zur Entmachtung der sozialdemokratisch geführten Preußischen Landesregierung – sie vertröstete ihre Anhänger auf die nächsten Wahlen. Mit der Politik des „kleineren Übels“ stützte sie aus Angst vor dem nächsten Wahlsieg der Faschisten die jeweiligen Regierungen statt Kampfmaßnahmen einzuleiten, und die Gewerkschaften passten sich diesem Kurs des gebremsten Sozialabbaus an. Die Sozialdemokratie zerstörte sich so die Einsatzbereitschaft ihrer Anhänger und die Grundlage ihrer eigenen gesellschaftlichen Kraft – sie beging Selbstmord aus Angst vor dem Tod und aus Angst vor der Revolution.

Die Kommunistische Partei erging sich in Beschimpfungstiraden gegen diese Politik der Sozialdemokratie - die sie als „Sozialfaschismus“ diffamierte, der als Konkurrent um den Einfluss auf die Arbeitermassen diese daran hindern würde, zum Kommunismus überzulaufen. Dabei war es

gerade diese Beschimpfung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“, die die sozialdemokratischen Arbeiter sich noch fester um ihre Führung scharen ließ. Damit machte es die KPD der SPD-Führung leicht, es nicht zu gemeinsamen Aktionen kommen zu lassen, die die Massen womöglich über die reformistischen Schranken hinausgeführt hätten. Die KPD war zur Partei der Arbeitslosen geworden, weil ihre Politik der Gewerkschaftsspaltung den Unternehmern die Hinaussäuberung der Kommunisten erleichtert hatte – allein war sie deshalb nicht zum Generalstreik fähig.

So bewies die gespaltene Arbeiterbewegung ihre Unglaubwürdigkeit und ihre Unfähigkeit, den in der Weltwirtschaftskrise verelendeten Massen einen gangbaren Ausweg zu weisen. Nur die beiden kleinen Abspaltungen der großen Arbeiterparteien, die SAPD und die KPD-Opposition, hielten in einem verzweifelten Rennen gegen die Uhr die Bemühungen um ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterbewegung zur Abwehr des Faschismus aufrecht. Sie waren aber zu schwach, um die selbstbezogenen Führungen von KPD, SPD und Gewerkschaften unter Druck setzen zu können. Die Massen strömten stattdessen den Faschisten zu, die einen volksgemeinschaftlichen nationalen Sozialismus versprachen und glaubhaft erschienen. Als angesichts der erstarkten faschistischen Massenbewegung für die Großbourgeoisie keine andere Regierungsmöglichkeit mehr blieb, ließ sie die Regierungsgewalt an die faschistischen Terrorbanden übergeben, um nun mit diesen die angestrebte Vorbereitung des Revanchekrieges zu beginnen und die hinderliche Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Die Ergebnisse sind bekannt.

Zur ausführlichen Darstellung siehe:

Klaus Dallmer: *Die Meuterei auf der „Deutschland“ 1918/19 - Anpassung, Aufbäumen und Untergang der ersten deutschen Arbeiterbewegung*, erscheint im Oktober 2018 im Verlag Die Buchmacherei